

Das Jahr 2024 ist kaum 5 Monate alt und dennoch schon schwer an historischen Ereignissen für die Schweiz. Ereignisse, die die Bürgerlichen in empörte Schnappatmung versetzen und hoffentlich den einen oder anderen ins Grubeln bringt.

Liebe Anwesende, liebe Genoss*innen, liebe 1. Mai-Zelebrierende, 2024 geht als das Jahr in die Geschichte ein, in welchem unsere aller Renten zum ersten Mal seit Jahrzehnten an die immer teurer werdenden Kosten angeglichen wurden. Ausgeglichen noch nicht ganz. 2024 ist das Jahr der 13. AHV-Rente; der ersten angenommenen Gewerkschaftsinitiative in der Schweiz überhaupt.

Für mich ist das Abstimmungsresultat des 3. März bis heute genauso surreal fantastisch, wie absolut logisch. Logisch, weil der Druck auf unsere Reallöhne steigt, die Krankenkassenprämien explodieren und die immer horrender werdenden Mieten unsere Portemonnaies immer dünner werden lässt. Und weil dies eben nicht einfach so Phrasen sind, die wir Linke mal an einem 1. Mai in die Gasse hauen, sondern weil das dünne Portemonnaie für immer mehr Menschen eine bittere Realität ist. In der Schweiz leben 1'340'000 Armutsgefährdete und 702'000 Personen sind Armutsbetroffen. Das ist ein neuer Höchststand.

Und es ist ebenso bittere Realität, dass 345'000 Rentner*innen Ergänzungsleistungen beziehen, weil ihre Rente nicht ansatzweise zum Leben reicht. Mehr als eine Viertelmillion! Und das, obwohl in der Verfassung klipp und klar geschrieben steht, dass die AHV existenzsichernd sein sollte.

Das ist kein Zustand, den man ignorieren sollte und in den letzten Jahren wurde es immer klarer: Es ist kein Zustand, der länger ignoriert werden kann. Das zeigte sich bereits bei der Abstimmung zur AHV21, wo nicht etwa nur linke Städte und Gemeinden gegen die Vorlage stimmten. Nein, es waren im Aargau auch Gemeinden, wo Arbeitende leben, die genau wissen, dass ein Jahr länger arbeiten weder körperlich, noch psychisch, noch finanziell tragbar ist. Spreitenbach und das Untere Wynental sagten NEIN zur AHV21. Und sie sagten dieses Jahr JA zur 13. AHV-Rente. Das ist ein Applaus wert.

Nun gibt es Politologen und fleissige Tageszeitungskolumnist*innen, die nach dem 3. März schreiben, das Abstimmungsverhalten in der Schweiz sei aus dem Gleichgewicht geraten und dass die Stimmbevölkerung nur an sich selbst denke, statt an das Wohlergehen des Landes.

Liebe Anwesende, da frage ich mich ja schon, welches Gleichgewicht hier gemeint ist. Und wessen Wohlergehen. Kann man denn von einem Gleichgewicht sprechen, wenn Lohnmillionär*innen in der Schweiz immer reicher werden und wir Normalverdienenden weniger Geld im Portemonnaie haben als 2016? Wenn die Lohnschere seit Jahren immer weiter aufgeht?

Kann man von einem Gleichgewicht sprechen, wenn letztes Jahr in der Schweiz 90 Milliarden Franken vererbt wurden und 1% der Bevölkerung ein ganzer Fünftel dieser Erbmasse bekam, während Familien den letzten Franken umdrehen, um die Krankenkassenprämien weiter zahlen zu können? Notabene Geld, wofür sie gearbeitet haben, was man bei Erbschaften ja nicht behaupten kann.

Ich denke nicht, dass man da noch von Gleichgewicht sprechen kann. Und ich zweifle auch stark daran, dass diese, sich immer verstärkende Ungleichheit zwischen uns Arbeitenden und den Reichsten wirklich als Wohlergehen des Landes bezeichnet werden kann.

Mir ist selbstverständlich schon bewusst, was damit gemeint ist. Die Schwarze Null im Budget. Aber ist es denn noch Wohlergehen, wenn für das Erreichen dieser Zahl Renten und Soziale Unterstützung abgebaut wird. Wenn für diese magische Zahl immer mehr Leute armutsgefährdet sind?

Zu diesem bürgerlichen Verständnis des Wohlergehens gehört auch das jährliche freuen über Millionenüberschüsse auf Kantonsebene und dann das Rufen nach Steuersenkungen für die Reichsten. Im Aargau passiert momentan gerade genau das: Die Steuern auf hohe Vermögen sollen mit der neuen Steuergesetzrevision gesenkt werden, die der hohen Einkommen in einem zweiten Schritt, während derselbe Kanton Prämienverbilligungen kaum auszahlt und rekordtiefe Sozialsausgaben hat. Es ist zum davonlaufen.

Im Gegensatz zu den Politologen und Kolumnist*innen denke ich, dass wir gerade in einem Umbruch stecken, der für mehr Gleichgewicht und Wohlergehen sorgen könnte. In einer Zeit in der Historisches möglich ist. Eine Zeit, wo der Satz "die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen" in der Schweizer Verfassung seine Bedeutung zurückgewinnen könnte. Und das, das weckt in mir Kampfeswille, denn Historisches geschieht nicht einfach so.

Was mich zum zweiten historischen Ereignis führt, welches ich heute gerne ansprechen möchte. Es handelt sich dabei um den über 8 Jahre lang (!!!) anhaltenden Kampf der Klimaseniorinnen gegen die ungenügende Schweizer Klimapolitik. Nach Abweisungen vor dem Bundesgericht erhielten sie am 29. März vor dem Europäischen Hof für Menschenrechte Recht. Die Schweiz verletzt Menschenrechte, indem sie nicht ausreichend gegen den Klimawandel unternimmt und damit vor allem ältere Frauen gefährdet. Es ist das erste Klimaurteil im Bereich der Menschenrechte. Es ist historisch.

Und wie reagiert die Schweizer Öffentlichkeit? Mit Demut und Besserungswille? Schön wär's. Stattdessen wird landauf landab von fremden Richtern gesprochen. Man solle sich nicht einmischen. Was dabei nicht verstanden wird: Das Gericht, der EGMR, mischt sich nicht ein. Er erlässt keine Gesetze. Er urteilt und zeigt auf. Es wäre nun an der Schweiz, an uns, zu handeln.

Nach der Debatte zum neuen Energiegesetz im Grossen Rat vor einer Woche muss gesagt werden, der Aargau handelt nicht. Es steht nichts Relevantes in diesem Gesetz. Kein Klimaschutz, kein Mut, kein Zukunftswille. Weil man nicht zu viele Vorschriften machen möchte, weil man keine Freiheiten einschränken möchte.

Ja, wessen Freiheit denn? Ich sage euch: Jene der Vermieter und Hausbesitzerinnen, der Grossfirmen und der Industrie. Unsere Freiheit, auch später noch auch einen halbwegs lebbaeren Planeten leben zu können, ist irrelevant. Die Sicherheit der alten Frauen und ja, ihre Menschenrechte, sind irrelevant.

Liebe Anwesende, ich möchte mir heute ein Vorbild nehmen an den Klimaseniorinnen Rosmarie Wydler-Wälti, Elisabeth Joris und den weiteren. Und ihren Kampfeswillen und Mut mit euch teilen und mitnehmen. 8 Jahre haben sie sich durch die Wirren des juristischen Systems gekämpft und Historisches erreicht. Auch heftigste Rückschläge wie die Abweisung vor Bundesgericht konnten sie nicht daran hindern, ihr Recht einzufordern.

Auch wir kennen Rückschläge und Frustration mit der bürgerlichen Politik in diesem Land und diesem Kanton. Aber ich denke, spätestens seit 2024 kennen wir auch wieder die Möglichkeit Historisches bewirken zu können. Und da muss man gar nicht weit suchen:

Am 9. Juni können wir die Krankenkassenprämien endlich deckeln und damit einen Schlussstrich unter die fahrlässige Praxis des bürgerlichen Parlaments in Sachen Gesundheitskosten ziehen. Denn die Initiative kostet nicht mehr, wir alle bezahlen diese wachsenden Gesundheitskosten ja bereits, sondern sie spielt den Ball der Kostenexplosion dahin zurück, wo sie nicht verhindert wird. Ins nationale Parlament, wo die Pharma- und Versicherungslobby sich eingenistet hat und sich schon lange nicht mehr um das Wohlergehen der Schwächsten kümmert.

Mit einem Ja zur Prämientlastungsinitiative am 9. Juni gehen wir ganz konkret das Problem des immer dünner werdenden Portemonnaies an. Beim Mittelstand, bei den Arbeitenden, bei mir, bei euch, bei uns. Prämien runter, Löhne rauf.

Und am 20. Oktober dann haben wir die Chance, dieses historisch schlechte Kantonsparlament zu verbessern. Fertig mit Steuergeschenke für die Reichsten und den hundsmiserablen Klimaschutz. Es reicht.

Machen wir es wie die Klimaseniorinnen: Packen wir es an, geben wir nicht auf, egal wie ausweglos die Situation gerade erscheint und bewirken wir Historisches. Im Fricktal, im Aargau, in der Schweiz.

Avanti!